

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 33
Königsplatz 42 (Redakteur E. Dittmer)
Verleger: Amt Moritzplatz 11944

**Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!**

Erscheint wöchentlich freitags
Bezugspreis: monatlich durch die Post
(einschließlich Beleggeld) 150 Mt.

Reallohn oder Nominallohn.

Die Forderung der wertbeständigen Löhne ist noch immer Gegenstand lebhafter Diskussion und lebhaften Interesses in Arbeitnehmern, Gewerkschaften und Volkswirtschaftskreisen. Daß zu wertbeständigen Löhnen kommen müssen, darüber ist man sich einig. Selbst die Arbeitgeber in der Bekleidungsindustrie, Bergbau und neuerdings auch in der Berliner Metallindustrie sind den platonischen Liebeserklärungen hinausgegangen, wie das die Forderungen bzw. die Zugeständnisse an die streikenden Metallarbeiter beweisen. Ueber das Wie herrschen aber in Gewerkschaften, Bergbau und Reinigungsverschiedenheiten. Hier während wirken sollte eine am 10. Juli in unserem Verbandshause in Berlin, Schlesienstraße 42, stattgefundene Versammlung, der AVB. und sonstige Verbände der Arbeitnehmer in Staats- und Gemeindebetrieben. Das einleitende Referat hielt Staatsbaurat Staudé, der unserer Kollegenschaft seine Artikel in der „Gewerkschaft“, Jahrgang 1921, über die Gestaltung der Löhne vielfach noch bekannt sein dürfte. Herr Staudé wies an Hand graphischer Darstellungen nach, daß der Reallohn, bezogen auf die Kosten der Ernährung, im Jahre 1922 zeitweilig bis auf 48 Proz. des Vorkriegsstandes sank. Der Durchschnitt betrug 62 1/2 Proz. Die Marktpreise der wichtigsten Erzeugnisse gingen trotzdem in die Höhe, während die Löhne infolge des Druckes der Reichsregierung nicht recht vom Platze kamen. Wir müssen deshalb vom Nominallohn zu einem wertbeständigen Reallohn kommen. Als Maßstab hierzu verwarf Herr Staudé die Kalorientheorien von Dr. Kuczynski und Dr. Sillem, weil es eben nur Theorien sind. Hingegen besitzen wir reiches und brauchbares Material über die Lebenshaltung der verschiedenen Klassen in der Vorkriegszeit. Er wies hierbei auf die Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt, Jahrgang 1909, veröffentlichten Untersuchungen von Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Klassen im Deutschen Reich“ hin und auf das im Jahre 1912 bei Dr. Fischer, Jena, erschienene Buch Dr. Carl von Tscholas: „Die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen in England, Deutschland, Frankreich, Belgien und den Vereinigten Staaten von Amerika.“ Er führte man, was der Arbeiter tatsächlich an Nahrungsmitteln verbrauche. Ein Vergleich mit heute zeige, daß die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen damals viel besser war als jetzt. Er beschrieb, was der Arbeiter in der Berliner Metallindustrie. Dort wurde eine paritätische Kommission von Arbeiter- und Unternehmervertretern eingesetzt, um allwöchentlich den Preis der verschiedenen Lebensmittel in der Berliner Zentralmarktgasse zu ermitteln und daraus den Lebensmittelindex zu errechnen. Der Index müßte zunächst als 70 Proz. des Lohnes eingesetzt werden. Die Ausgabe für Nahrungsmittel, während die anderen 30 Proz. für Kleidung, Wohnung und Befriedigung sonstiger Kulturbedürfnisse. Aufgabe der Gewerkschaften wäre es dann, den Reallohn so höher zu treiben, so daß bei gleichem Ernährungsstand die Ausgaben für Nahrungsmittel sich von Lohnperiode zu Lohnperiode nicht neu zu vereinbarenden eventuell zu ermächtigenden Prozentverminderungen, bis der Vorkriegsstand von 50 Proz. erreicht sei.

Der Vorschlag stellte ein Redner fest, daß der Reallohn der Gemeindearbeiter im Jahre 1922 zeitweilig sogar bis auf 30 Proz. des Vorkriegsstandes gesunken war. Der Stundenlohn der Gemeindearbeiter betrug vor dem Kriege 50 Pf. In Goldwerten ausgedrückt, eine 60proz. Verteuerung der notwendigen Lebensmittel usw. eingetreten, so daß heute 80 Gold-

pfennige als Grundlohn gezahlt werden müßten. Goldlöhne sind aber zurzeit nicht durchführbar, deshalb können nur 75 Proz., mithin nur 60 Goldpfennige als Grundlohn angenommen werden. Um festzustellen, wieviel Papiermark hierzu jeweils erforderlich sind, schlug Redner vor, den Durchschnitt von Großhandels- und Kleinhandelsindex als Maßstab zu nehmen. Sonach würden 60 Goldpfennige zurzeit einen Stundenlohn von mehr als 12 000 Papiermark ergeben.

Gegen diesen Vorschlag wurden fast allgemein Bedenken erhoben. Man fürchtete, damit keine solide Basis zu haben. Ein Redner erklärte sich positiv für den Vorschlag des Referenten. Die Forderung wertbeständiger Löhne sei nichts anderes als die Forderung der gleitenden Lohnskala. Diese sei früher bekämpft worden, weil man über den damaligen Stand von 50 Proz. des Lohnes Kleidung, Wohnung und sonstige Kulturerfordernisse hinauskommen wollte. Auch das Unternehmertum werde sich schließlich zur Wertbeständigkeit der Löhne bekennen müssen, denn wenn die Kaufkraft des Arbeiters noch weiter sinkt, schadet das die Inhaber der Produktionsmittel ebenfalls, so daß sie zum Nachgeben gezwungen würden. Die Agitationskraft der Gewerkschaften wird durch die gleitende Lohnskala nicht leiden. Dazugewonnene, oft schlechte Tarifverträge der Vorkriegszeit schaden den Gewerkschaften auch nicht. Zudem haben die Gewerkschaften vorerst noch reichlich zu tun, um nach dem Vorschlag von Staudé die Ausgaben für Kleidung, Wohnung und andere Kulturerfordernisse von 30 auf 50 Proz. des Lohnes zu steigern.

Kollege Schulz schloß die interessante, unverbindliche Aussprache mit der Aufforderung, die erhaltenen Anregungen im Kampfe um den wertbeständigen Lohn zu verwerten.

Am Donnerstag, den 12. Juli, haben unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Hermes und in Anwesenheit des Staatssekretärs Schröder die Verhandlungen über die Wertbeständigkeit der Löhne und Gehälter für die Beamten, Angestellten und Reichsarbeiter ihren Anfang genommen.

Der Minister erklärte, daß das Reichskabinett entschlossen sei, dem durch den Antrag der Sozialdemokraten und des Zentrums erfolgten Beschluß nachzukommen, um auf dem schnellsten Wege den Beamten, Angestellten und Arbeitern die wertbeständigen Bezüge so schnell wie irgend möglich zuzuführen zu können. Er ersuchte die anwesenden Gewerkschaftsvertreter, ihre Vorschläge vorzulegen, damit aus den gegenseitigen Vorlagen der Regierung und der Gewerkschaften eine gemeinsame Grundlage geschaffen wird, die sich so einheitlich wie möglich gestalten müsse. Weiteres sei insbesondere notwendig bei dem ungeheuer großen Verwaltungssapparat des Reiches.

Die Aussprache konnte an diesem Tage zu keinem praktischen Ergebnis führen, da die Vorschläge der Gewerkschaften und die der Regierung weit von einander entfernt waren. Um aber so schnell wie möglich praktische Arbeit zu leisten, wurde auf Vorschlag des Ministers beschlossen, eine engere Kommission aus den Reihen der Spitzenverbände und aus der Reichsregierung zu bilden, die unverzüglich an die Arbeit gehen soll, damit im Laufe der Woche noch die Vorarbeiten beendet sind. Im Anschluß daran soll am Anfang der Woche vom 15. bis 21. Juli eine neue Sitzung stattfinden, um auf dieser erneuten Grundlage die Lohnverhandlungen zu führen. Die Kommission hat sich noch an demselben Abend gebildet und ihre Arbeiten bereits aufgenommen.

Unser Mitgliederstand am 1. Juli 1923.

Nach den eingegangenen Berichtskarten für den Schluß des 2. Quartals hat sich die Zahl unserer Mitglieder gegenüber dem 1. Quartal um 1303, oder um 618 gegenüber dem Vormonat vermindert. Wir zählten für den Betriebsmonat aus 960 Filialen 220 017 männliche und 51 246 weibliche, zusammen 271 263 Mitglieder. Nicht berichtet haben wiederum 350 Filialen. Aus organisatorischen und verwaltungstechnischen Rücksichten sind vom Gau Hannover 3 Filialen mit 178 Mitgliedern dem Gau Halberstadt und vom Bezirk Danzig 14 Filialen mit 1096 Mitgliedern dem Gau Königsberg überwiesen. Es erklärt sich daher für diese Gawe die Ab- bzw. Zunahme. Die Zahl der Arbeitslosen ist gegenüber dem Vormonat um 1544 zurückgegangen. Während des ganzen 2. Quartals waren insgesamt 5882 Kollegen und Kolleginnen arbeitslos mit 191 575 Arbeitslosen- und 40 335 Unterstützungstagen. Nach den Angaben der eingehenden Berichtskarten wurden im 2. Vierteljahr 14 476 852 Mk. an Unterstützung ausgezahlt. Nachfolgend die Mitgliederliste:

Nr.	Gau	Mitglieder am 1. Juni 1923	Zahl der Mitglieder am 1. Juli 1923			± Abnahme	Zahl der Arbeitslosen
			männlich	weiblich	zusammen		
1	Augsburg	2400	2128	278	2404	+ 4	71
2	Berlin	45702	35130	9670	44700	+1003	1488
3	Brandenburg	5330	4342	987	5299	+ 31	129
4	Bremen	7635	7017	683	7700	+ 63	106
5	Breslau	12345	9235	3019	12274	+ 71	782
6	Bez. Oberpfälzen	1197	976	250	1226	+ 29	8
7	Dortmund	7719	6171	1606	7777	+ 58	83
8	Dresden	11114	8657	2579	11236	+ 122	140
9	Düsseldorf	10473	8869	1759	10607	+ 134	86
10	Erfurt	6281	5160	1216	6376	+ 95	71
11	Frankfurt a. M.	14771	12107	2690	14797	+ 26	127
12	Frankfurt a. d. O.	2167	1872	296	2158	+ 9	56
13	Halberstadt	8762	3398	538	3936	+ 174	60
14	Halle	5805	2670	1100	3770	+ 166	51
15	Hamburg	24109	19297	4926	24223	+ 114	—
16	Hannover	8236	6630	1333	7963	+ 273	71
17	Karlsruhe	5498	4527	946	5473	+ 26	68
18	Bez. Singen	1263	1005	257	1262	+ 1	3
19	Bez. Unterbaden	4027	3711	850	4061	+ 34	7
20	Kiel	4045	3270	739	4003	+ 42	196
21	Köln-Bonn	11499	10564	1306	11859	+ 360	96
22	Königsberg l. Pr.	7280	7178	1484	8662	+1382	660
23	Bez. Danzig	8714	2117	506	2623	+1001	50
24	Leipzig	6839	4742	2121	6863	+ 34	52
25	Lübeck	5001	3561	1153	4714	+ 287	281
26	Magdeburg	5896	4859	1002	5861	+ 35	250
27	Münch.	6483	5391	1094	6485	+ 2	16
28	München	10713	7818	2348	10166	+ 547	311
29	Niederrhein	1551	1292	246	1538	+ 16	67
30	Nürnberg	7081	6279	691	6970	+ 61	174
31	Rheinpfalz	3857	3423	641	4064	+ 207	88
32	Stettin	4858	3750	1085	4835	+ 23	146
33	Bez. Sanktomm.	1867	1220	189	1402	+ 35	68
34	Stuttgart	6358	5460	798	6258	+ 98	40
35	Wieslau	7693	6187	1511	7698	+ 45	132
	Einzelmitglieder	70	47	23	70	—	—
		271881	220017	51246	271263	+ 618	8882

Gesamtzunahme 3556, Gesamtzunahme 3040, bleibt reine Abnahme 618.

7. Sitzung des Ausschusses des ADGB.

In der Bundesausschussung am 4. und 5. Juli 1923 nahmen außer den Vertretern der Verbände die Bezirkssekretäre des ADGB, und Vertreter der Ortsausschüsse einiger Städte teil. Die Aussprache über die allgemeine Lage leitete der 2. Bundesvorsitzende Grafmann ein. Redner tabelte die Lage Haltung der Regierung gegen die Sabotageakte. Ferner habe sich gezeigt, daß unaufrichtige Elemente den Eindringlingen Vorschub leisteten. Die weitere Entwicklung der Mark habe in Arbeitstreffen eine ungeheure Erbitterung hervorgerufen. Beide Kreise drängten darauf, daß der ADGB sich an die Spitze der Lohnbewegungen stelle. Der Bundesvorsitzende könne jedoch nicht in den Tätigkeitsbereich der Verbände eingreifen, und ebensowenig sei das Verlangen nach „stärkerer Aktivität des Bundesvorstandes“ berechtigt, da dieser unausgefordert schon alles getan habe, was menschenmöglich ist.

Im Anschluß daran sprach Umbreit ausführlich über die Frage der wertbeständigen Löhne. Redner zählte zunächst die Gründe auf, die die Gegner der Lohnpassung der Löhne an die Preise anzuführen pflegen, und ging auf eine Denkschrift des Reichsfinanzministeriums ein, die die Angleichung der Löhne an die Preise durch größere Zurückhaltung im Verbrauch erreichen will. Demgegenüber wies Redner auf die Kartellpolitik der Unternehmer mit ihrer Rücksichtnahme auf die rückständigsten Betriebe als eine

der schlimmsten Ursachen der Warenknappheit hin. Die Verbände müsse zu wirtschaftlicherer Produktion gezwungen werden. Die Verteilung der Redner die Finanzwirtschaft des Reichs, durch die herangezogen worden seien. Was bisher zur Substanzerhöhung der deutschen Wirtschaft geschehen sei, geschah auf Kosten der Arbeitnehmer. Es sei jedoch nicht daran zu zweifeln, daß die Arbeiter höheren Lohn tragen könne. Nach Guggenheimer betragen Löhne nur noch 4 bis 5 Proz. der Herstellungspreise, während vor dem Kriege das Bierfache betragen hätten. Daraus ergibt sich eine Steigerung des Lohnanteils durchaus möglich ist. Folgend auf die verschiedenen Vorschläge ein, durch die die unheimliche Forderung der Geldentwertung gemildert werden sollen. Friedenszeiten, abgesehen von Ausnahmefällen, in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Die Arbeiter müßten sich selber helfen. Die mechanischen Bleitlohn müßten die Gewerkschaften ablehnen, das hieße, ihre Kampfkraft ausschalten. Zur Angleichung der an die Kaufkraft sei jedoch ein Maßstab notwendig, der der tatsächlichen Teuerung entspricht und Ansehen besitzt, damit er auch geltend wirkt. Redner berichtete über die Verhandlungen zur Erreichung eines gerechten Indexes mit dem Reichswirtschaftsministerium und dem Statistischen Reichsamte. Es sei erreicht worden, daß zunächst wöchentliche Aufnahmen durchgeführt und ihre Ergebnisse zwei Tage nach dem Stichtage veröffentlicht werden. Ergebnis müsse dann den Lohnzahlungen am Freitag zugerechnet werden. Die Arbeitgeber hätten versichert, daß dies möglich sei, während die Gewerkschaftsvertreter das Gegenteil gemeint hätten. Die Gewerkschaften müßten auf einen draußigen Lebenshaltungsindex bestehen, der schnell ermittelt und veröffentlicht werden und dann noch in derselben Woche dem Lohn zugerechnet werden müsse. Aus den vielen Einzelheiten in dem Index sei an dieser Stelle noch hervorgehoben, daß man bei dem Bestehen des besten Lebenshaltungsindex zu finden, noch dazu geteilt, ihn dem Großhandelsindex anzunähern, da dieser die besten Lebenshaltungsindex anzeige. Dem Lebenshaltungsindex nach Meinung des Redners noch ein Viertel der Spannung zwischen diesem und dem Großhandelsindex hinzuzufügen. Durch diese Handlungen sei erreicht worden, daß schon in dieser Woche die Indexzahlen veröffentlicht werden sollten, allerdings noch auf der bisherigen Güterliste. Für das besetzte Gebiet seien die Zahlen in Aussicht genommen. Den Gewerkschaften sei dringlich geraten, bei ihren Lohnverhandlungen von diesem besetzten Index Gebrauch zu machen. Dadurch könne es wenigstens werden, zu monatlichen Vertragsabschlüssen zurückzuführen. Redner jedoch Sache der einzelnen Verbände, die Tarifdauer ihren Verhältnissen und Erfahrungen anzupassen. Ferner erklärte Redner dagegen, daß durch die Beschgebung allgemein die Durchführung wertbeständiger Löhne gesichert werden solle. Für Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben sei eine solche zu empfehlen. Dann werde auch die Privatindustrie dem nicht entzogen können. Die Auswirkung werde jedoch für alle Berufe gleichwertig sein. Auch gäbe es Verbände glauben, auf dem bisherigen Wege weiterkommen zu können. Es würde eine allgemeine gesetzliche Regelung Schranken aufheben. Eine solche würde auch nur auf dem Papier stehen, solange Kampfkraft der Gewerkschaften sich nicht für die Durchführbarkeit setzt. — Nach eingehender Aussprache wurde die bereits in „Gew.“ bekanntgegebene Entscheidung angenommen.

Ueber die Entlosgelalte im Ruhrgebiet äußerte der Ausschuß durch folgende vom Genossen Reichel (Meldat) eingebrachte und einstimmig angenommene Entschlieung:

Der Bundesausschuss verurteilt aufs schärfste die verbreiteten Sabotageakte überspannter nationalistischer Kreise im Abwehrkampf die rechtswidrig erfolgte Besetzung des Ruhrgebietes. Er erklärt Handlungen für unvereinbar mit dem von der Arbeiterschaft unter Abwehrkampf und fordert deshalb alle Gewerkschaftsgruppen auf, Sabotageakten mit allen geeigneten Mitteln entgegenzutreten. Die Reichsregierung fordert der Bundesausschuss, daß mit Rücksicht auf die Schutzbefugnisse ermittelt und zur Verantwortung nach deutschem Recht gezogen werden.

Der Bundesbeitrag wurde auf monatlich 42 Mk. für die erste und 28 Mk. für weibliche Mitglieder festgesetzt. Bei der Geldentwertung ist der Vorstand berechtigt, Extrabeträge zu erheben.

Da Genosse Adolf Cohen krankheitshalber sein Amt als dritter Bundesvorsitzender niedergelegt hat, hatte der Ausschuss mit einer Ersatzwahl zu beschließen. Beschlossen wurde eine Kommission zu beauftragen, im Verein mit dem Bundesvorsitzenden bis zur nächsten Ausschussung die nötigen Vorarbeiten zu treffen. Zum unbesoldeten Vorstandsmitglied an Stelle des Genossen Sassenbach wurde Genosse Jädel (Zertharbeiten) ernannt.

Die Erledigung der vom Gewerkschaftskongress dem ADGB überwiesenen Anträge führte unter anderem zu einer Aussprache über Kultur- und Bildungsbeschwerden. Zwar nicht über deren Wert an sich, als darüber, was unter heiligen Verhältnissen durchführbar ist. Zu dem vom Verband Dachdecker zum Gewerkschaftskongress in Leipzig gestellten

6. Jugendliche Mädchen: 14jährig ¼ Pfund, 15jährig ½ Pfund, 16jährig ¾ Pfund, 17jährig 1 Pfund, 18jährig 1 ½ Pfund.
 7. Handwerker ohne Deputat 2 ½ Pfund. 8. Handwerker mit Deputat ½ Pfund. 9. Schnitter: Borarbeiter 0,6 Pfund, Borarbeiterinnen 0,5 Pfund, Männer 0,5 Pfund, Frauen und Mädchen 0,4 Pfund, Burtschen und Pflüger 0,45 Pfund. 10. Unständige (neben Verdüftung) 0,4 Pfund. Solche, die länger als 3 Monate im Dienst sind, 0,5 Pfund. 11. Bauwörter 0,6 Pfund. Kieselwörter neben ihrem Teildeputat 1 ½ Pfund. 13. Rutscher und Feldhüter 1 ½ Zentner je Monat. 14. Schaf- und Schweinemeister 1 ½ bis 1 ¾ Zentner im Monat. 15. Gehilfe des Schweinemeisters ¾ Zentner pro Monat, Gehilfe des Schafmeisters 0,6 Zentner pro Monat. 16. Monatslöhner 1 ½ bis 3 Zentner pro Monat. — Die Rinderbeihilfe beträgt für Deputanten 7 Pfund Roggen pro Monat. Für Kieselwörter und Freiarbeiter 14 Pfund. Beim Mähen in Stundenlohn mit eigener Sense ¾ Pfund pro Arbeitstag. Für Ausstreuen von Kunstdüngern mit der Maschine ¼ Pfund, mit der Hand 1 Pfund Roggen pro Arbeitstag. Die Löhne werden allmähentlich, wie aus obiger Vereinbarung ersichtlich, nach dem Durchschnittshöchstpreis des Roggens errechnet.

Leipzig. Kollege Becker vom Verbandsvorstand erstattete unseren Mitgliedern am 2. Juli Bericht über die Revisionsergebnisse mit dem Arbeitgeberverband Deutscher Gemeinden über den Reichsmanteltarif sowie über das Zustandekommen des reaktionären Schiedspruches im Reichsarbeitsministerium, der die schärfsten Proteste und außerordentliche Beunruhigung unserer Kollegschaft im ganzen Reiche hervorgerufen habe. Kollege Böcher gab dann die Maßnahmen bekannt, die die Landesarbeitskommission getroffen habe, um in Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden die neuen Bestimmungen des Reichsmanteltarifs so günstig wie möglich für Sachsen zu gestalten. Nach reger Aussprache wurde eine vom Kollegen Bach eingebrachte Entschließung einstimmig angenommen, welche die in Kugsburg getroffenen Vereinbarungen aufs schärfste verurteilt und vom Verbandsvorstand verlangt, daß er zum nächsten zulässigen Termin den Reichsmanteltarifvertrag kündigt, um die jetzigen Verschlechterungen zu beseitigen. — Aus dem Rassenbericht des Kollegen Hesse ist hervorzuheben, daß die 1. Kassiererin einer Privatbadeanstalt einen Badegast veranlaßt hat, der Ortsverwaltung Leipzig unseres Verbandes 150 000 Mk. als Buße zu zahlen wegen einer verübten tätlichen Beleidigung.

Leipzig. In der Verhandlung mit der Energie Aktiengesellschaft Leipzig-Land haben wir am 11. Juli folgendes Lohnabkommen für die Belegschaften von fünf Gaswerken abgeschlossen.

Es erhalten ab 1. Juli bis mit 12. Juli Handwerker und Feuerhausarbeiter über 21 Jahre 11 600 Mk., von 20 bis 21 Jahren 9300 Mk., von 19 bis 20 Jahren 8700 Mk., von 18 bis 19 Jahren 8100 Mk., von 17 bis 18 Jahren 7500 Mk., Angelernte Arbeiter über 21 Jahre 11 400 Mk., von 20 bis 21 Jahren 9100 Mk., von 19 bis 20 Jahren 8600 Mk., von 18 bis 19 Jahren 8000 Mk., von 17 bis 19 Jahren 7400 Mk., Angelernte Arbeiter über 21 Jahre 11 100 Mk., von 20 bis 21 Jahren 8900 Mk., von 19 bis 20 Jahren 8300 Mk., von 18 bis 19 Jahren 7900 Mk., von 17 bis 18 Jahren 7300 Mk., Arbeiterinnen 8300 Mk. Die Frauen- und Kinderzulage erhöht sich auf je 550 Mk. für die Stunde. Für die Arbeiter des Gaswerkes Zwenkau sind die vorstehenden Lohnsätze in allen Gruppen und Klassen um etwa 2 v. H. niedriger zu bemessen. Hierbei sind die Löhne auf volle 100 Mk. abzurunden, und zwar bis 49 Mk. nach unten und darüber nach oben. Ab 13. Juli 1923 sollen diese Sätze einschließlich Frauen- und Kinderzulagen um den Hundertsatz erhöht werden, um den der Reichsindex (Gesamtindex einschl. Bekleidung) sich innerhalb dieser Woche gegenüber dem Reichsindex vom 4. Juli 1923 (16 180) erhöht. Die Lohnsätze der 4. Lohnwoche sollen in der gleichen Weise geregelt werden. Der sich aus der Erhöhung des Reichsindex ergebende Multiplikator und die neuen Lohnsätze werden den Betrieben durch die Personalabteilung der Thüringer Gasgesellschaft nach vorherigem Benehmen mit dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter bekanntgegeben werden. Das Lohnabkommen gilt bis einschließlich 26. Juli. Die Rechts- und Gasregelung bleibt wie bisher bestehen.

Wie aus dem Lohnabkommen ersichtlich ist, hat es sich in den Verhandlungen darum gedreht, den Lohn der fortschreitenden Teuerung automatisch anzupassen. Die Grundlage ist natürlich unzulänglich, doch gilt sie zunächst nur für knapp 4 Lohnwochen und soll einen Anfang bilden zur Schaffung des wertbeständigen Lohnes. Die Gegenpartei gab die Zusicherung, wenn diese Regelung sich nicht als brauchbar erweise, daß eine andere Norm in der nächsten Verhandlung zu schaffen wäre. Der Spitzenlohn eines Handwerkers mit Frau und einem Kind beziffert sich vom 1. bis 12. Juli unter Einrechnung der ihm außer dem Lohn zustehenden Bezüge auf 13 500 Mk. pro Stunde.

• Internationale Rundschau •

Internationale Sommerkurse. Der internationale Gewerkschaftsbund (Sitz Amsterdam) veranstaltet im Sommer 1923 Bildungskurse, zu denen Hörer aller Länder herangezogen werden sollen. Vom 11. bis 25. August findet eine Schule für Erwachsene

Bezug: In Vertretung des Verbandes der Gemeinde- u. Staatsarbeiter H. Müller, Bernauerstr. 10, Berlin SW. 68. Besondere Besorgung: Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 2.

auf Schloß Schönbrunn in Wien statt, vom 4. bis 12. Juli. Schloß Brühl in der Nähe von Köln und für August 1923. Gelehrt werden verschiedene Fächer internationaler Profi- deutscher, englischer und französischer Sprache. In Linie erster Linie sozialistische Stoffe behandelt. Die Kosten der Teilnehmer wird von der Beteiligung aus valutarischen abhängig gemacht. Vorläufig sind festgesetzt: für Hörer aus starken Ländern feste Sätze und für Hörer aus valutarisch drückt betrogen die Kosten: 15 Dollar, 3 Pfund, 20 franken oder 1 Million deutsche Mark pro Woche für 6 Wochen; 66 Dollar, 1,5 Pfund, 90 französische Franken oder deutsche Mark pro Woche für Brühl und für 14 Tage in 8 Dollar, 1,15 Pfund, 125 französische Franken oder 200 000 Mark. Anmeldungen sind an die Arbeiterbildungsabteilung Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam, Nord zu richten und mindestens 25 Proz. der Kosten einzulenden. Ermäßigungen der Kosten können eintreten, wenn der valutarischen Ländern es zuläßt.

• Rundschau •

Unverschämter Getreidewucher einerseits — Hunger andererseits. Wir haben gegenwärtig in Deutschland Getreidepreise, die nicht allein höher sind als die Getreidepreise New Yorker Börse, sondern auch höher als die amerikanischen Getreidepreise frei deutscher Häfen. Am 4. Juli kostete der Weizen pro 50 Kilogramm 420 000 bis 425 000 Mk., der amerikanische Weizen frei deutscher Häfen 365 000 bis 390 000 Mk., deutsche Roggen wurde an der Börse mit 295 000 bis 305 000 gehandelt, während der amerikanische Roggen frei deutschen Häfen 265 000 Mk. kostete. Also trotz der 15fach höheren amerikanischen Arbeiter, trotz der ungeheuren Fracht, die falls in Dollar berechnet wird, kostete das amerikanische Getreide 10 bis 15 Proz. weniger als das deutsche Inlandgetreide dies ohne wertbeständige Löhne. Das ist die Folge der freitreibewirtschaft, die Folge der Devisenpolitik des Reichsministeriums, die Folge der Finanzpolitik unseres verfallenen Finanzministeriums und die Folge der Bezahlung elender Lohnen. Nun sagt der Großhandel, daß er das ausgiebige amerikanische Getreide nicht einführen könne, weil es ihm an Devisen fehle. Denn unsere Howensteinrubel nehmen nur noch die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten, aber im Ausland gibt es Mensch etwas dafür, geschweige denn, daß die Amerikaner ihr Getreide dafür verkaufen würden. Wir verraten aber heimlich, wenn wir aussprechen, daß wir in Deutschland lieber auf ausländischen Devisen haben, weil mehr als ein Krieg, ganz zu schweigen von den im Ausland befindlichen deutschen Guthaben. Die Gläubiger und Konfessionen in den Ländern der Welt kaufen, deren Wert in die Dollarmillionen geschätzt werden können den Kurs der Mark brücken und ausländische Devisen Deutschland aufkaufen. Kein Reichsfinanzministerium, kein Wirtschaftsministerium fällt ihnen dabei in den Arm. Möge die vereinbarten Lohnsätze, so niedrig sie auch sein mögen, wertbeständig zahlen sollen, dann erklären sie sich dazu außerstand, zu verkaufen nach Holland Betten um 50 Proz. billiger, als deutschen Verbraucher verkauft werden. Die große Masse arbeitenden in Deutschland aber kann keinen neuen Hausgrundstücken, weil sie keine Betten kaufen können und weil man der wucherischen Baustoffpreise nicht bauen kann. Vom Ende des Monats Mai bis 27. Juni sind nach der amtlichen Statistik Lebenshaltungskosten um rund 210 Proz. gestiegen. Sind die Löhne, die diesen Preisaufschlag hervorgerufen haben, uferlose Gewinnucht von Industrie, Handel und Landwirtschaft ihresgleichen nur haben an der mitschuldigen Passivität der Regierung, muß zur Explosion führen. Mehr Aktivität Arbeiterchaft und etwas weniger Schimpfen auf die Führenden notwendig, wenn wir nicht im Elend verkommen wollen.

• Eingegangene Schriften und Bücher •

Erhalten durch die Geschäftsstelle. Von Dr. Wilhelm Müller: Gottliebner, Mannheim. (Band 91 der Wochenzeitung "Der Arbeiter"). Verlag: G. H. Bloedner, Leipzig. 1923. Preis: 0,3 L.S.

• Filiale Danzig. •

Sucht zum 1. August 1923 einen 2. Beamten. Bewerbungen sind bis Montag, den 23. Juli, an den Obmann des Arbeiterausschusses, Edward Schulz, Militärstraße, Postfach Nummer 84, einzureichen. — Der Bewerber muß bejahrter, geschriebener Lebenslauf, ferner das Verbandsbuch und eine Notiz über die Aufgaben eines Gewerkschaftsbeamten. In Frage kommen Bewerber, die mindestens 10 Jahre einer freien Gewerkschaft angehört haben.